

Vorwort

Die sozioökonomischen und politischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte in den westlichen Industriegesellschaften sind von unübersehbaren Ambivalenzen geprägt. Soziale und politische Umbrüche haben für zahlreiche Menschen neue Chancen eröffnet, gleichzeitig aber vielfältige wirtschaftliche und politische Risiken (Prekarität auf den Arbeitsmärkten, mangelnde positionale und emotionale Anerkennung, Teilnahmeprobleme an einzelnen gesellschaftlichen Subsystemen, Sinnlosigkeits- bzw. Alternativlosigkeitserfahrungen im politischen Alltag, abnehmende moralische Anerkennung, exklusiver werdende Leistungs- und Verteilungsstrukturen sowie labile oder fragile Gemeinschaftszugehörigkeiten) heraufbeschworen, welche die Integrationsproblematik moderner Gesellschaften verschärfen und Desintegrationsprozesse befördern. Nicht nur in Deutschland ist in den letzten Jahren die soziale Ungleichheit größer geworden; Ideologien der Ungleichwertigkeit, Menschenfeindlichkeit und menschenverachtende Gewalt sind deutlicher hervorgetreten. Damit stehen Fragen nach der Integrationsfähigkeit moderner Gesellschaften weiterhin ganz oben auf der gesellschaftspolitischen Agenda.

Die sich in einer Vielzahl von Aspekten niederschlagenden Desintegrationstendenzen in den westlichen Gesellschaften, die durch die Folgen der Finanzkrise ganz offensichtlich noch dramatisch verschärft wurden, haben seinerzeit zum Aufbau des interdisziplinären Forschungsverbundes „Desintegrationsprozesse – Stärkung von Integrationspotenzialen einer modernen Gesellschaft“ an der Universität Bielefeld geführt, der über mehrere Jahre vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziell gefördert wurde. Ziel der im Rahmen dieses Programms intendierten Forschungen war es, wichtige Erkenntnisse zu Integrationsproblemen moderner Gesellschaften beizusteuern und jenen Entwicklungen auf den Grund zu gehen, deren negative Folgen zentrale normative Kernelemente dieser Gesellschaft gefährden.

Die Studie zu „Opfern rechtextremer Gewalt“ von Andreas Böttger, Olaf Lobermeier und Katarzyna Plachta geht ursprünglich auf den Bielefelder Forschungsverbund „Desintegrationsprozesse“ zurück. Die Bedeutung der Thematik gewinnt jedoch eine besondere Relevanz und beklemmende Aktualität vor dem Hintergrund der Aufdeckung der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im Jahre 2011 und dem gegenwärtig stattfindenden Prozess zur Bestrafung der Täter. Das Leid der Opfer wird dabei nur am Rande thematisiert, wie gehabt stehen die Täter im Mittelpunkt des Geschehens. Trotz der herausragenden Bedeutung für Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft lässt sich vielleicht sagen, dass Viktimisierungsuntersuchungen bis heute vielfach unbeachtet geblieben sind, obwohl die Folgen von Gewalt für die Opfer oder deren Hinterbliebene dramatisch sind.

Vielfach werden Opferperspektiven und Viktimisierungserfahrungen nach dem zahlenmäßigen Umfang an Todesopfern „gewichtet“ oder in hitzigen Debatten und Konflikten zwischen Bundesministerien, Medien und der Wissenschaft zerrieben. Damit sind nicht

zuletzt auch zynische Abwehrkämpfe des Staates gegen das zivilgesellschaftliche Begehren zu umfassender Aufklärung verbunden, die angesichts des unfassbaren Fehlverhaltens und ebensolcher Fehleinschätzungen staatlicher Instanzen beizeiten an der humanitären Grundhaltung des Staates zweifeln lassen.

Damit ist aber nur eine Seite der Medaille beleuchtet, geht es doch nicht nur um die Fehler Einzelner in den verschiedenen mit der Aufklärung von rechtsextremen Gewaltverbrechen befassten Institutionen oder das Versagen von Schutz versprechenden Instanzen. Die andere Seite der Medaille besteht in den vielfältigen Abwertungspraktiken in der Bevölkerung, die den Boden für die Taten rechtsextremistischer Gewalt zunächst bereitet und diese dann auch möglich gemacht haben. Hier wäre insbesondere auf den gesellschaftlichen Vorrat an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* zu verweisen, der in den letzten Jahrzehnten als Legitimationsbasis für rechtsextreme Gewalt wirken konnte. Schaut man sich die Entwicklung wichtiger Kriterien für *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* einmal genauer an, wie sie im letzten Jahrzehnt am IKG der Universität Bielefeld in einer Langzeitstudie erhoben wurden, dann erfährt man viel über ein sich wandelndes gesellschaftliches Klima, das Opfer schafft.

Die vielfach vertretene Auffassung, dass es einerseits die NSU-Mörderbande gäbe, andererseits aber eine intakte, soziale und humane Gesellschaft, ist nicht nur falsch und politisch gefährlich, sondern sie bagatellisiert auf zynische Weise auch die langfristigen psychischen und physischen Auswirkungen rechtsextremer Gewalt für die betroffenen Menschen und ihre Familien. Die Erfahrungen im Umfeld der NSU-Morde haben zudem gezeigt, dass die Akteure in staatlichen Institutionen wie der Polizei und den Staatsanwaltschaften vielfach hartleibig ausgestattet sind, so dass hier insbesondere gefolgert werden darf: Die Würde des Menschen ist nach wie vor *antastbar*.

Es ist zu hoffen, dass die Studie von Andreas Böttger, Olaf Lobermeier und Katarzyna Plachta gerade angesichts der NSU-Mordserie ein Bewusstsein für die Opfer rechtsextremer Gewalt schafft und einen deutlichen Akzent gegen die Selbstentlastung und die selbstbetrügerischen Gewissheiten in dieser Gesellschaft setzt.

Bielefeld/Wuppertal, im August 2013

Wilhelm Heitmeyer
Peter Imbusch

Opfer rechtsextremer Gewalt

Böttger, A.W.; Lobermeier, O.; Plachta, K.

2014, VIII, 168 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-14692-8